

Bern

Die Kosten einer Gratislösung

Eine Berner Software-Firma verliert Kunden, weil das Bundesgericht sie mit einem Gratisprodukt versorgt. Auch Bern setzt auf die kostenlose Software und nimmt den Verlust von Arbeitsplätzen in Kauf.

Christoph Lenz

Sarah Montani ist Juristin. Doch allmählich verliert sie ihren Glauben in die Justiz. Schuld daran ist das oberste Gericht der Schweiz.

Mit ihrer Firma Weblaw beschäftigt Sarah Montani rund dreissig Mitarbeiter. Das Unternehmen ist seit der Gründung 1999 stark gewachsen und gilt heute als Marktleader für gerichts-spezifische Software in der Schweiz. Am Firmensitz über dem Berner Bubenbergrplatz werden Recherchertools und Lösungen zur Online-Publikation von Gerichtsurteilen entwickelt. Zur Kundschaft von Weblaw zählen unter anderem das Bundesverwaltungsgericht und die Kantone Aargau, Luzern, Wallis und Zürich.

Steuerfinanzierte Gratisware

Doch nun wird die Luft dünn für Weblaw. Verantwortlich dafür ist das Bundesgericht. Dieses hat, finanziert durch Steuergelder, eine mit dem Weblaw-Produkt vergleichbare Software namens Open-Justitia entwickelt. Seit September 2011 stellt die Lausanner Justiz diese Open-Source-Lösung anderen Justizbehörden kostenlos zur Verfügung. Bereits im Oktober 2011 verlor Weblaw deshalb den ersten grossen Interessenten – den Kanton Bern. Seither sind weitere mögliche Käufer abgesprungen. Sarah Montani musste Stellen in Bern abbauen.

«Es geht nicht an, dass die Regierung Arbeitsplätze in Bern gefährdet.»

Peter Brand, Grossrat SVP

Sie spricht von Umsatzeinbussen von rund 1,5 Millionen Franken. Auch anderen Schweizer Software-Entwicklern macht die staatliche Konkurrenz schwer zu schaffen.

«Das Bundesgericht lebt von Steuergeldern und muss mit seiner Software keine Einnahmen generieren. Da können wir als Unternehmen schlicht nicht mithalten», sagt Montani. Ein solches Verhalten gefährde Arbeitsplätze und sei wirtschaftspolitisch inakzeptabel.

Der Staat als Konkurrent

Der Konflikt rührt an zwei Prinzipien der liberalen Staatsordnung: Zum einen ist der Staat verpflichtet, Steuermittel sparsam und effizient einzusetzen. Dieses Gebot wird befolgt, wenn Kantone ein vom Bundesgericht entwickeltes Produkt kostenlos weiterverwenden dürfen. Sie müssen weniger Mittel in den Kauf von Informatik investieren. Zum anderen ist es dem Staat aber untersagt, in Konkurrenz zu privaten Unternehmen zu treten. Jedenfalls dort, wo der Markt spielt und vergleichbare Produkte und Dienstleistungen bereits angeboten werden. Gefährdet das Bundesgericht also mit Steuermitteln die Existenz eines Unternehmens?

Das Bundesgericht weist dies zurück. Open-Justitia sei entwickelt worden, weil auf dem Markt kein vergleichbares Produkt vorhanden gewesen sei, schreibt es in einer Stellungnahme. Dass die Software kostenlos zur Verfügung gestellt wird, stehe im Einklang mit der E-Government-Strategie des Bundes. Auch den Vorwurf, dass das Bundesgericht einer wirtschaftlichen Nebentätigkeit nachgehe, will man in Lausanne nicht gelten lassen. Da man für Open-Justitia kein Geld erhalte, handle es sich auch nicht um eine gewerbliche Leistung.

Bürgerliche Politiker irritiert diese Argumentation. Auf Bundesebene will SVP-Präsident Toni Brunner mit Vertretern von CVP und FDP das Bundesgericht zurückpfeifen. Widerstand gibt es auch im Kanton Bern, der bei der Übernahme von Open-Justitia eine Vorreiterrolle spielte: Grossrat Adrian Haas (FDP, Stadt Bern) wirft dem Regierungsrat vor, er gefährde Arbeitsplätze in der Privatwirtschaft und er unterstütze die fragwürdige Geschäftspraxis des Bundesgerichts. Auch SVP-Fraktionschef Peter Brand (Münchenbuchsee) hat sich zu Wort gemeldet. Für Brand ist klar: «Gemessen am Nulltarif des Bundesgerichts ist jede Lösung teuer. Aber es geht nicht an, dass die Regierung Arbeitsplätze bei Weblaw und damit im Kanton Bern gefährdet.»

Spareffekt: 210 000 Franken

Der zuständige Regierungsrat Christoph Neuhaus (SVP) konterte, man habe sich aus Kostengründen für Open-Justitia entschieden. Die Einsparungen beliefen sich auf 210 000 Franken bei der Anschaffung der Software. Im Gegensatz zum Weblaw-Programm, das wiederkehrende Kosten von jährlich 75 000 Franken verursache, sei der Betrieb von Open-Justitia gar kostenlos. Christian Cappis, Stabschef der bernischen Justizleitung, sekundiert: «Wir haben uns für die günstigere Lösung entschieden, weil wir die Berner Steuerzahler nicht zusätzlich belasten wollen.» Dass der Kanton damit Arbeitsplätze gefährde, glaube er nicht, sagt Cappis. «Das müsste Weblaw erst noch belegen.»

Weblaw-Chefin Sarah Montani lässt die Kostenrechnung von Regierungsrat Neuhaus nicht gelten: «Die genannte Gesamtofferte ist umfassender und nicht mit Open-Justitia vergleichbar.» Weblaw

habe dem Kanton im Verlauf der Verhandlungen markant günstigere Angebote gemacht. Zudem misstraut Montani der Aussage, dass Open-Justitia keine wiederkehrenden Kosten verursache. «Jede Software braucht Wartung, Pflege, Updates, Upgrades und Support. Das gibts nicht zum Nulltarif.»

Wie legal ist die Gratis-Software?

Es stellt sich aber nicht nur die Frage: Wie gratis ist gratis? Sondern auch: Wie zuverlässig ist gratis? Die Einführung von Open-Justitia hat sich beim Kanton Bern bereits deutlich verzögert. Ursprünglich wollte die Regierung die neue Software im Frühling 2012 aufschalten. Daraus wurde nichts. Im November 2012 erklärte Regierungsrat Neuhaus, Open-Justitia solle ab Februar 2013 genutzt werden. Heute heisst es bei der Justizleitung, die «produktive Nutzung» sei für Herbst geplant. Der Grund für die Verspätung: «Es ist erfahrungsgemäss bei allen Informatikprojekten so, dass der Zeitplan zu optimistisch berechnet wird», sagt Christian Cappis. Zudem habe der Kanton zunächst abklären müssen, ob die Verwendung von Open-Justitia rechtlich zulässig ist.

Genau dies will nun auch der Bundesrat tun. Ein Rechtsgutachten zu Open-Justitia wird derzeit erstellt. Sarah Montani hofft, dass es zugunsten von Weblaw ausfällt. «Wenn das Eingreifen des Bundesgerichts in den freien Markt rechtmässig ist, verstehe ich die Welt nicht mehr», sagt sie.

Beim Kanton geht man davon aus, dass das Gutachten die Weitergabe der Software durch das Bundesgericht erlauben wird. Und falls nicht? «Diese Frage können wir derzeit nicht beantworten», sagt Christian Cappis. «Wir haben keinen Plan B.»

Anzeige



Erfolgreicher Start im Schloss Wyl

Nach der intensiven Aufbau-phase sei der Betrieb «erstaunlich gut angelaufen», sagt der Stiftungsrat von Schloss Wyl.

Derzeit ist alles im grünen Bereich im Schloss Wyl: Die Rechnung sei ausgeglichen, schreibt der Stiftungsrat. Die Eigentümerin, die Berakom AG von Matthias Steinmann, hat bisher für Kauf, Aufbauphase und Betrieb des historischen Gemäuers in der Gemeinde Schlosswil 6,1 Millionen Franken aufgewendet. Davon entfielen auf die Realisierung des Nutzungskonzepts 1,9 Millionen Franken. Die intensive Aufbauphase sei damit beendet. Die Aktivitäten hätten erfolgsversprechend begonnen. Der Betrieb im Schloss sei «erstaunlich gut» angelaufen.

Hier heiratet man gerne

Im vierten Quartal des Jahres 2012 fanden 21 Anlässe statt. Für das laufende Jahr sind die Räumlichkeiten für 47 Anlässe reserviert. Auch als Heiratsort scheint sich das Schloss zu bewähren. Die ersten fünf standesamtlichen Termine in diesem Jahr seien vollständig ausgebucht, heisst es in der Mitteilung weiter. Der Park werde von der Öffentlichkeit sehr gut frequentiert.

In Schlosswil rechnet der Besitzer Matthias Steinmann mit jährlichen Kosten für Betrieb und Unterhalt von 250 000 Franken. (wal/pd)

Kurz

Stadt Bern
Anti-AKW-Turm am Gedenktag

Heute Nachmittag findet auf dem Münsterplatz eine Kundgebung («Nichts gelernt aus Fukushima») zum Gedenken an den AKW-Unfall von 2011 statt. An der um 13 Uhr Demonstration ab 13 Uhr wird als Höhepunkt gemeinsam ein fünf Meter hohes Holz-Mahnmal errichtet. Das breite Bündnis von Parteien und Organisationen tritt für eine atomkraftfreie Zukunft ein. (pd)

Stadt Bern
Das Aare-Ufer oberhalb des Tierparks wird saniert

Die Uferschutzmauer der Aare oberhalb des Tierparks Dählhölzli muss saniert werden. Der Regierungsrat hat einen Kredit von 149 000 Franken gesprochen. Die Mauer soll auf einer Länge von rund 60 Meter mit vorgelagerten, strukturierten Blöcken gesichert werden. Der Einbau von zusätzlichen Steinen und Blockgruppen soll den Lebensraum für Wassertiere zusätzlich aufwerten. (pd)

Muri-Gümligen
100. Geburtstag

Adelheid Waeber-Ramseier hat gestern im Alterswohnheim Gümligen ihren 100. Geburtstag gefeiert. (lok)

Lauperswil/Rüderswil
Feuerwehr soll fusionieren

Die Gemeinderäte von Lauperswil und Rüderswil sind sich einig: Die Feuerwehren der beiden Gemeinden sollen per 1.1.2014 fusionieren. Er verspricht sich davon eine Verbesserung und Vereinheitlichung der Ausbildung wie auch Synergien. Die Vorlage kommt an der Einwohnergemeindeversammlung vom 18. März zur Abstimmung. (pd)

Bunt verpackte Bäume und eine Wollmütze für den Geissenpeter

Junge Guerilla-Strickerinnen hüllen Bäume am Brienzer Bahnhof in Wolle.

Joël Baumann

Die «Strick-Guerilla» hat zugeschlagen. Nicht mit Macheten oder Äxten, sondern mit kiloweise Wolle. So mancher dürfte am Morgen auf dem Weg in die neue Arbeitswoche gestaunt haben: Rund um den Bahnhof und die Brienzer Schifflände waren mehrere Bäume und eine Statue eingepackt, wie «Der Oberhasler» gestern berichtete.

Hinter der Aktion «Guerilla-Glismi» steckt Sarah Michel, eine junge Fotografin aus Brienz. Neben ihr sind rund zwölf weitere Frauen im Alter von 20 bis 50 Jahren in die Aktion verstrickt. Wie Heinzelmännchen haben sie in einer Nacht- und Nebelaktion unbemerkt dem Geissenpeter eine Wollmütze aufgesetzt und den Geissen ein violettes Wollgilet übergezogen. Unzählige Wollappen haben sie vor Ort zusammengenäht und um die Bäume gespannt. Die Bäume sehen aus, als wären den Stämmen und Ästen wild-gestreifte Strumpfhosen übergezogen worden.

Farbige «Blätz» machen Freude

Bereits im vergangenen Jahr haben sie ein paar Geländer am Brienzer Bahnhof «iglismet». «Um den Menschen eine Freude zu machen», wie Michel erklärt. Dieses Jahr waren die Bäume an der Reihe. In kalten Winternächten seit Dezember haben die jungen Frauen «Blätz um Blätz» gestrickt. Die einzige Vorgabe: Möglichst bunt muss es sein. Männer hätten sich fürs Stricken leider nicht begeistern lassen, sagt Michel. «Doch beim Montieren haben sie dann tatkräftig mitgeholfen.»

Die aktuelle Aktion heisst «Touch the trees» – berühre die Bäume. Sie soll die Leute zum Schmunzeln, Stutzen oder zum «Lafere» bringen, zum Nachdenken anregen, sagt Michel. «Jahrelang läuft man an den Bäumen oder Statuen vorbei und beachtet sie nicht. Sind sie aber mit Wolle eingepackt, fallen sie plötzlich auf.» Zum Frühlingsanfang bringe die Aktion denn auch den ersten Farbtupfer in die Natur, so Michel. Die Strickerinnen

wollen die Leute zudem dazu bewegen, «bewusst natürliche, organische Oberflächen wie Baumrinden» zu berühren. Als Kind jage man durch die Wälder und als Erwachsener berühre man fast nur noch sterile, glatte Bildschirme und Oberflächen, sagt Michel. Sie findet es faszinierend, im öffentlichen Raum etwas «Kaltes» einzustricken und ihm dadurch Wärme zu verleihen. «Zudem sehen die Bäume doch toll aus.»

Im Internet hat sie das erste Mal von «Guerilla Knitting» gehört, ein Phänomen, das europaweit verbreitet ist. Daraufhin hat Michel ihre Grossmutter gebeten, ihr das Stricken beizubringen. Auch in Bern gab es schon Strick-Aktionen: Im Dezember wurde der Lischetti-Brunnen eingepackt (Bild unten). Wer in Bern am Werk war, weiss Michel indes nicht. Sie freut sich aber, dass diese wolle Form von Street-Art auch in der Schweiz verbreitet wird.

Die Finger «wund gestrickt»

Auch beim Brienzer Gemeindepräsidenten kommt die Aktion gut an: Bernhard Fuchs (SVP) findet es eine «originelle Idee». Das lockere die Atmosphäre am Bahnhof auf, sagt er. Die Arbeit, die jeweils hinter der Aktion steckt, sei offensichtlich enorm: «Da haben sich ein paar Leute die Finger wund gestrickt.» Dass die Aktion nicht bewilligt wurde, steht für ihn nicht im Zentrum. «Man muss auch einmal etwas mit Humor nehmen. Zudem nehmen weder die Bäume noch die Statuen Schaden, und die Lismete fällt irgendwann von alleine ab», sagt Fuchs. «Es ist schön zu wissen, dass in Brienz immer noch fleissig gestrickt wird.» Da werde ein altes Handwerk auf eine kreative Art am Leben gehalten. Ob die Gemeinde die Strickereien irgendwann abnimmt, kann Fuchs nicht beantworten. «So weit haben wir noch nicht gedacht, aber vorläufig lassen wir sie sicher hängen», sagt er. Definitiv entscheiden, werde aber die Bauverwaltung. Michel hingegen hofft, dass die Wolle lange hängen bleibt. «Wenn es aber irgendeinmal nicht mehr schön aussieht, nehmen wir es selber ab.» Die Mütze des Geissenpeters sei zumindest schon weg: Entweder vom Wind verweht, «oder es ist einer mit kalten Ohren vorbeigekommen».



Die Wollmütze des Geissenpeters ist inzwischen verschwunden. Foto: Sarah Michel/zvg



Warmes Geländer: Der Lischetti-Brunnen in Bern. Archivbild: Valérie Chételat